

Stand: 05.06.2026 22:07:52

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/9716

"Grundgesetzverstoß beenden - Unverzüglich Klage beim Bundesverfassungsgericht einreichen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/9716 vom 27.01.2016
2. Beschluss des Plenums 17/9779 vom 28.01.2016
3. Plenarprotokoll Nr. 63 vom 28.01.2016



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Grundgesetzverstoß beenden – Unverzüglich Klage beim Bundesverfassungsgericht einreichen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, durch eine unverzügliche Klage beim Bundesverfassungsgericht darauf hinzuwirken, dass die Bundesregierung in Bezug auf die Flüchtlingspolitik zu geltendem Recht zurückkehrt.

Begründung:

Das im Auftrag der Staatsregierung von Prof. Dr. Dr. Udo Di Fabio erstellte Rechtsgutachten hat gezeigt, dass die derzeit von der Bundesregierung in der Flüchtlingskrise praktizierte Politik der unkontrollierten Einreise gegen das Grundgesetz verstößt. Um zu Grundgesetzkonformität zurückzukehren und um vor allem den unbegrenzten Zustrom an Flüchtlingen zu begrenzen, hat der Bund nach dem Gutachten nicht nur die Aufgabe, sondern auch die verfassungsrechtliche Pflicht, wirksame Grenzkontrollen wieder einzuführen. Die hohen Zuwanderungszahlen belasten nicht nur die Kommunen, deren Kosten für die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen stetig steigen, sondern zwingen auch den Freistaat dazu, mehr Geld unter anderem im Rahmen des Nachtragshaushalts zur Verfügung zu stellen. Auch unter Sicherheitsgesichtspunkten ist die derzeitige Praxis der unkontrollierten Einreise problematisch. Dass es bislang noch zu keinem Zusammenbruch des Systems gekommen ist, ist vor allem der Arbeit der zahlreichen ehrenamtlichen Helfer und Polizeikräfte zu verdanken. Seit Wochen wird nur geredet und taktiert. Um weiteren Schaden von Bayern abzuwenden, muss jetzt unverzüglich gehandelt und Klage eingereicht werden.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/9716

Grundgesetzverstoß beenden – Unverzüglich Klage beim Bundesverfassungsgericht einreichen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Hubert Aiwanger

Abg. Josef Zellmeier

Abg. Christine Kamm

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Markus Rinderspacher

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Klaus Steiner

Abg. Margarete Bause

Staatsminister Joachim Herrmann

Abg. Thomas Kreuzer

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof.

(Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Grundgesetzverstoß beenden - Unverzüglich Klage beim

Bundesverfassungsgericht einreichen (Drs. 17/9716)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Petra Guttenberger u. a. und Fraktion (CSU)

Für eine konstruktive Lösung der Flüchtlingskrise - Verfassungsklage als letztes Mittel einsetzen (Drs. 17/9734)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Der erste Redner ist Herr Kollege Aiwanger. Bitte sehr.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, kein Thema beschäftigt derzeit unsere Bürger, unsere Kommunen und die Öffentlichkeit so sehr, wie die Frage: Wie geht es in der Flüchtlingspolitik weiter? - Wir FREIEN WÄHLER fordern, dass die Politik wieder Herr der Lage werden muss im Bereich der Flüchtlingspolitik, weil wir an vielen Stellen sehen, dass man reagiert, dass man Getriebener ist.

Genauso fordern wir die Einhaltung geltenden Rechts als Teil einer Lösungsstrategie, anstatt zu sagen: Okay, in vielen Fällen herrscht vielleicht ein übergesetzlicher Notstand, und wir schauen nicht so genau hin. – Stattdessen muss man sich auf rechtsstaatlichen Boden begeben und sagen: Jawohl, wir müssen geltendes Recht einhalten. – Das ist der Appell, den eine Reihe von Verfassungsrechtlern in den Raum stellen. Die derzeit praktizierte rechtliche Praxis ist nicht auf dem Boden der Gesetze. An den Grenzen wird geltendes Recht nicht durchgesetzt, kann nicht durchgesetzt werden, und daraus werden Folgen abgeleitet, die uns viel Geld kosten, die in vielen

Fällen vielleicht die innere Sicherheit gefährden und auch aus Sicht vieler Kommunalpolitiker so nicht mehr länger hingenommen werden können.

In diese Debatte hinein kommt der Vorstoß der CSU-Staatsregierung, einen Brief nach Berlin zu schreiben und die Bundesregierung aufzufordern, geltendes Recht wieder einzuhalten, und mit einer Klage vor dem Verfassungsgericht zu drohen mit dem Hinweis, dass geltendes Recht eingehalten werden müsse.

Meine Damen und Herren, so weit, so gut. Ich glaube, dass es eine Selbstverständlichkeit sein sollte, geltendes Gesetz anzuwenden, und dass dies nicht in den Ermessensspielraum einer Regierung gestellt werden kann nach dem Motto: Jetzt schreiben wir mal einen Brief, dann warten wir ab, wie die Reaktionen sind, und behalten uns vor, hier tätig zu werden. – Wir sitzen hier über alle Parteigrenzen hinweg als Vertreter der bayerischen Bevölkerung. Die Staatsregierung hat die Interessen Bayerns zu vertreten und nicht die Brille eines Regierungs- oder Koalitionspartners in Berlin aufzuhaben

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

und zu sagen, es liege in unserem Ermessen.

Meine Damen und Herren, es gehört nicht viel Phantasie dazu, sich auszumalen, was Sie sagen würden, wären Sie in Berlin in der Opposition und wäre dort eine rot-grüne Bundesregierung. Sie würden sich als die Bayerische Staatsregierung gerieren und sagen: Das geht so überhaupt nicht, wir müssen klagen, und zwar sofort. – Deshalb wollen wir Sie an die Rolle, die Sie hier in unseren Augen einzunehmen haben, erinnern. Sie sind in erster Linie die Staatsregierung und nicht CSU-Koalitionspartner in Berlin, der einer Frau Merkel nicht zu nahe treten will. Sie haben die Interessen unserer Kommunen und die Interessen des Freistaats zu vertreten. Sie sehen doch die vielen Milliarden Euro, die im Nachtragshaushalt nachgeschoben werden mussten. Das werden nicht die letzten Milliarden sein, weil die Flüchtlingspolitik auf Dauer so nicht funktionieren wird.

Natürlich ist uns bewusst, dass mit einer schnellen Klage und dem entsprechenden Beschluss eines Gerichts nicht alles in Butter wäre und nicht alle Probleme gelöst wären. Aber trotzdem sind wir davon überzeugt, dass ein Hinwirken auf Rechtmäßigkeit Teil einer Lösungsstrategie sein wird, weil damit eine Frau Merkel und ihr politisches Umfeld in Zugzwang gebracht werden, genügend Bundespolizei und Finanzmittel zur Verfügung zu stellen, um die Herausforderungen in Bayern bewältigen zu können, und damit genügend Geld in den Landkreisen ankommt. Ein Landkreis in Bayern hat aktuell durchschnittlich 20 bis 40 Personen auf eigene Rechnung angestellt, um diese Herausforderungen abarbeiten zu können. Das sind Dinge, die wir lösen müssen. Da können wir nicht sagen, das ist alles nur Berlin.

Nein, meine Damen und Herren, wir FREIE WÄHLER fordern einen Masterplan zur Flüchtlingssituation in Bayern, der das abbildet, was Bayern tun kann. Da haben wir FREIE WÄHLER, weiß Gott, viele Vorschläge eingebracht. Wir haben für den Nachtragshaushalt mindestens eine Million Euro gefordert, um Hilfsgüter für Herkunftsregionen zur Verfügung zu stellen. Das wurde abgelehnt. Seit letztem Sommer haben wir gefordert, mehr Asylrichter anzustellen. Dem ist irgendwann mit Zähneknirschen zugestimmt worden ist. Das ist aber noch nicht Realität geworden. Die Leute sitzen noch nicht auf ihren Sesseln. Die Polizei ist nach wie vor nicht auf Soll-Stärke. An vielen Stellen ist das, was Sie in Bayern tun könnten, nicht getan. Ich habe Ihnen bereits im Sommer vergangenen Jahres an dieser Stelle den Vorwurf gemacht, nicht alles zu tun, was Sie tun könnten. Jetzt haben Sie diese politische Aktion gestartet, die Sie medienwirksam sehr gut vorbereitet haben. Sie tragen immer Ihren Brief vor sich her und sagen: Ja, wir schreiben einen Brief, und dann behalten wir uns vor zu klagen. – Meine Damen und Herren, die Bevölkerung erwartet Taten statt Worte.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Bevölkerung hat ein Recht darauf, dass die politische Mitte dieses Thema ernsthaft angeht, damit nicht alles in einem parteipolitischen Hickhack endet. Wir dürfen uns nicht gegenseitig nur Versagen an den Kopf werfen, sondern wir müssen ganz

konkret die Lösungsvorschläge aufzählen. Ich habe Ihnen vorher fünf Vorschläge aufgezählt. Ich kann Ihnen noch ein paar aufzählen, um dem Vorwurf zu entgehen, der Aiwanger schimpft nur. Wir haben eine Reihe von Vorschlägen gebracht. Ich bin überzeugt davon, dass die Kommunen bei einem Masterplan Bayern zur Bewältigung der Flüchtlingssituation die zentrale Rolle spielen müssen. Hören Sie sich die Anliegen der Bürgermeister, der Landräte und der kommunalen Ebene an, und Sie werden einen Großteil der Lösungsansätze finden, die wir brauchen, um die nächsten Monate ordentlich über die Bühne zu bringen. Machen Sie parallel dazu auf Berliner Ebene bitte das, was Sie tun müssen. Sie regieren im Freistaat allein. Sie brauchen sonst niemanden zu fragen.

Ich sage es nochmal: Ich gebe mich nicht der Illusion hin, dass ein Richterspruch vor dem Bundesverfassungsgericht alle Probleme von heute auf morgen lösen würde. Aber wir müssen gegenüber der Öffentlichkeit zeigen, dass wir alles in die Wege leiten, um zu verfassungsgemäßen Zuständen zurückzukehren, dass wir es nicht hinnehmen, nicht mehr auf dem Boden des Gesetzes zu agieren, meine Damen und Herren.

Das ist kein Einfall der FREIEN WÄHLER. Das hören Sie auch aus der Polizeigewerkschaft, das hören Sie aus Justizkreisen, das hören Sie aus dem Deutschen Städte- und Gemeindetag und dergleichen mehr. Sie fordern nicht mehr und nicht weniger als die Anwendung geltenden Rechts. Ich bin kein Befürworter diverser Gesetzesverschärfungen, wie sie in den letzten Wochen wieder aus allen Ecken gekommen sind, wer denn sofort abgeschoben werden müsse usw. Das sind alles Schlagzeilen für die Medien; sie sind aber nach drei Tagen verpufft und vergessen. Stärken Sie bestehende Institutionen. Dabei ist als Nummer eins die Kommune zu nennen, da ist der ganze Justizapparat zu nennen, da ist die Polizei zu nennen, da sind die Hilfsorganisationen zu nennen. Das kann Bayern tun; deshalb mein Appell.

Die Fraktionsvorsitzenden sind zu dieser Flüchtlingsthematik im vergangenen Sommer mit dem Herrn Ministerpräsidenten zusammengesessen. Damals gab es noch die

große Debatte, ob wir uns auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigen können. Die Reduzierung der Zuwanderungszahlen ist aus heutiger Sicht ein allgemein anerkanntes Ziel. Vor einem halben Jahr haben wir noch darüber diskutiert, ob das überhaupt ein politisches Ziel sein kann. Heute muss es Aufgabe sein, ein weiteres Gespräch mit dem Herrn Ministerpräsidenten zu führen mit der Zielsetzung eines Masterplans Bayern zur Flüchtlingspolitik, in dem es in der ersten Zeile heißt: Die Kommunen sind zu stärken und in die Lage zu versetzen, diese Probleme zu lösen. – Machen Sie bitte parallel dazu in Berlin klar Schiff, tragen Sie diese Themen vor, und gehen Sie den Weg der Verfassungsklage! Warten Sie nicht einen Brief und die Antwort darauf ab. Zwar ist es besser, als nichts zu tun; aber vielleicht haben wir FREIE WÄHLER an dieser Stelle nicht mehr die Geduld, wieder wochenlang zu warten, wenn unseren Bürgermeistern teilweise der Schweiß auf der Stirn steht und sie sagen: Morgen kommt wieder eine Gruppe von Flüchtlingen an, die untergebracht werden muss.

Unser Appell lautet: Handeln Sie! Hören Sie auf zu reden, und handeln Sie! Handeln Sie schnell! Es ist höchste Zeit, damit wir als Demokraten der Mitte zeigen, dass wir das Thema wieder in den Griff bekommen, und damit uns das Thema nicht immer mehr entgleitet. Wir müssen das schaffen, und wir schaffen das nur, wenn Bayern alles tut, was es tun kann, und wenn die Kommunen dabei gestärkt werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Kollege Aiwanger. – Für die CSU-Fraktion: Kollege Zellmeier. Bitte schön.

Josef Zellmeier (CSU): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich müsste ich der Fraktion der FREIEN WÄHLER danken, dass sie das Thema Klage auf die Tagesordnung gebracht hat. Nachdem ich mir Ihre Ausführungen angehört habe, Herr Kollege Aiwanger, muss ich Ihnen allerdings sagen: So einfach, wie Sie sich das immer machen, ist es halt leider nicht.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei den GRÜNEN – Margarete Bause (GRÜNE):
Das sagt ein Vereinfacher zum anderen! – Markus Rinderspacher (SPD): Das
sagt der eine Populist zu dem nächsten!)

Sie reden von einem Masterplan. Sie bezeichnen die Bundeskanzlerin als "eine Frau Merkel". Das zeigt, dass Sie der Thematik nicht gewachsen sind.

(Zuruf von der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, einerseits unterstützen Sie unsere Linie. Das ist hoch erfreulich. Andererseits müssen Sie aber auch eingestehen, dass Ihr Beitrag nicht besonders groß war. Sie haben nur das unterstützt, was die CSU und die Staatsregierung vorgegeben haben. Welche Ideen haben Sie denn wirklich eingebracht?

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Hilfsfonds, Asylrichter – alles noch nicht passiert!)

Ich meine Vorschläge, die weiterführen. Ich nenne beispielsweise die Balkanzentren, die Beschränkung des Familiennachzugs sowie Leistungskürzungen. Diese Vorschläge und vieles darüber hinaus sind doch von uns gekommen. Dazu zählt auch der Vorschlag, einmal die Rechtslage tatsächlich prüfen zu lassen: Ist das, was wir vorschlagen -, was in Berlin immer wieder behauptet wird, leider behauptet das zum Teil auch unsere Schwesterpartei – nicht eigentlich rechtswidrig? – Das wurde durch viele Fachleute mittlerweile belegt. Die Bundesregierung hat die Grenzen geöffnet, ohne den Bundestag einzuschalten. Sie hat gegen den Flüchtlingsstrom nichts unternommen und auf eine europäische Lösung gesetzt. Ich möchte betonen, dass wir uns alle eine europäische Lösung wünschen, aber das alleine ist nicht ausreichend. Das wird uns jetzt bestätigt.

Das war ein langer Weg. Wir mussten ein Gutachten in Auftrag geben. Wir mussten den Brief schreiben, den Sie als "diesen Brief" bezeichnen. Er ist wichtig, weil wir die Bundesregierung zum Handeln auffordern müssen. Die Bundesregierung muss ant-

worten können. Sie muss sich damit beschäftigen. Die Aufforderung zum Handeln ist nicht bloß eine Formalie, sondern ein wirkliches Anliegen von uns. Wir als kleinster Teil der Koalition sollten nicht nur in diesem Punkt, sondern auch in den vorhergehenden Punkten endlich Recht bekommen. Viele unserer Anregungen sind umgesetzt worden, soweit sie nicht von der SPD verzögert werden.

(Beifall bei der CSU)

Das gilt vor allem für den Familiennachzug. Der Herr Gabriel hat - -

(Markus Rinderspacher (SPD): Sie werfen uns vor, nur von "Frau Merkel" zu sprechen. Zu ihm sagen Sie "Herr Gabriel"!)

– Herr Vizekanzler Gabriel. Sie haben recht. Die Kritik nehme ich an. Herr Kollege Rinderspacher, das macht das Verhalten des Herrn Vizekanzlers nicht besser. Er geht in die Koalitionsrunde und stimmt dort vernünftigen Vorschlägen aus unseren Reihen zu. Danach fällt er in der Partei um. Im Rahmen Ihres Parteitages haben Sie ihm gezeigt, dass Sie nicht hinter ihm stehen. Das ist sehr bedauerlich. Wenn ein Vizekanzler für seine Partei zustimmt, sollte die Partei dies auch umsetzen. Angesichts der Größenordnung an Menschen, die derzeit tagtäglich zu uns kommen, wissen wir, dass wir einen enormen Familiennachzug nicht verkraften können. Eine Aussetzung für ein Jahr ist gar nichts.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Ist das das Familienbild der CSU? Die Eltern werden getrennt!)

– Wir tun keiner Familie einen Gefallen, wenn wir den Eindruck erwecken, dass es so einfach geht: Man schickt einen jungen Mann voraus, und alle anderen kommen automatisch nach.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Der Vater!)

Dann werden Schleusergeschäfte angekurbelt. Das ist nicht der richtige Weg. Wir müssen den Familien dort helfen, wo sie sind, nämlich in den Flüchtlingslagern in der Türkei, in Jordanien und im Libanon.

(Beifall bei der CSU – Thomas Gehring (GRÜNE): Was macht Bayern in Jordanien? – Nichts!)

– Was Bayern in Jordanien macht? – Sie kennen doch die Lage. Dafür ist der Bund zuständig, der gemeinsam mit den europäischen Staaten eine Hilfe in Höhe von drei Milliarden Euro in Aussicht gestellt hat. Die Mittel sind noch nicht da. Wir Bayern können nicht handeln. Herr Kollege Gehring, wenn Sie der Meinung sind, Bayern sollte selbstständig werden, habe ich dafür Sympathien. Solange wir jedoch nicht selbstständig sind, können wir in Jordanien und in der Türkei nicht handeln. Deshalb werden wir mit unserem Kurs fortfahren und weiterhin klar sagen: Wir fordern die Bundesregierung und alle sie tragenden Parteien auf – Herr Kollege Rinderspacher, da sind Sie als zweitgrößter Koalitionspartner mit dabei –, Schritte zu unternehmen, die die anderen europäischen Länder unter Druck setzen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Gehören Sie noch dazu? Tragen Sie die Regierung noch mit?)

Das sage ich ganz klar. Wenn vorübergehende – keine andauernden – Grenzkontrollen kommen, die wir angeregt haben – das alles ist von uns gekommen –, und sie konsequent umgesetzt werden, wird auf andere europäische Staaten ein Druck ausgeübt. Damit entsteht ein Dominoeffekt. Dann wächst die Bereitschaft, wieder nach Schengen zu handeln. Woher kommen die Probleme wie die hohen Kosten, die Integrationsprobleme und die Sicherheitsproblematik, die wir in Bayern und Deutschland erleben und unter denen manche Kommunen auch leiden müssen? – Das kommt daher, weil alle anderen Länder die Flüchtlinge durchlassen und sagen: Die Deutschen nehmen sie ja freiwillig. – Das widerspricht der Rechtslage. Wir müssen wieder

rechtmäßige Zustände herstellen. Deshalb werden wir als letztes Mittel, wenn es gar nicht anders geht, klagen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wann ist das zu erwarten?)

– Jetzt warten wir erst einmal die Antwort der Bundesregierung ab, Herr Kollege Aiwanger. Wenn wir die Antwort haben, werden wir uns damit beschäftigen. Sicherlich wird eine Klage folgen, wenn bis dahin keine entscheidenden Schritte getan worden sind. Darauf können Sie sich verlassen. Alles, was wir gesagt haben, haben wir auch umgesetzt.

Für die Balkanzentren, die wir eingerichtet haben, sind wir bundesweit gescholten worden. Jetzt wissen wir, dass es funktioniert. Jetzt fordern andere Ministerpräsidenten von der roten und der grünen Couleur ebenfalls die Einrichtung solcher Zentren, in denen die Fälle jener bearbeitet werden, die keinerlei Chance auf Bleiberecht haben. Das bedeutet, unser Beispiel ist maßgebend für andere. Wir sind darauf angewiesen, dass das andere Länder auch tun. Es reicht nicht, wenn nur Bayern die richtigen Schritte geht. Die anderen Bundesländer, die bedauerlicherweise weitgehend rot-grün regiert werden, müssen nicht nur reden, sondern auch handeln.

(Lachen der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

– Frau Kollegin Bause, Sie wechseln jetzt in den Bundestag. Sie werden sehen, dass sich manche Dinge anders darstellen. Sie werden Ihren Wechsel noch bedauern.

(Lachen der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Hier in Bayern ist die Lage in Ordnung. Sie leben in einem Land mit geordneten Verhältnissen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Schauen Sie sich doch einmal die Länder an, die über viele Jahre rot-grün regiert worden sind. Das ist ein Trauerspiel. Das muss man ganz ehrlich sagen. Wenn Sie als

Oppositionspartei und als SPD, die im Bund Regierungspartei ist, so weitermachen, werden noch viele Länder die Regierungen wechseln müssen. Wenn wir auch in der Asylpolitik mit unserer Schwesterpartei nicht einig sind, ist eines sicher: In der Wirtschaftspolitik und in vielen anderen Bereichen macht die Union insgesamt eine viel bessere Politik als Sie.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Mindestlohn-Bürokratie oder Ausländer-maut!)

– Die Mindestlohn-Bürokratie kommt auch von der SPD-Ministerin.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die Stromtrassen!)

– Sie können jetzt noch mehr Beispiele bringen. Ich will jetzt nicht auf den Mindestlohn eingehen. Wir haben den Mindestlohn in der Koalition vereinbart. Die Umsetzungsschritte und die konkrete Ausgestaltung lehnen wir jedoch ab. Das wissen Sie auch. Darüber brauchen wir nicht im Detail zu diskutieren.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden den Antrag der FREIEN WÄHLER ablehnen, obwohl er in seiner Grundrichtung in Ordnung ist. Das Drängen der FREIEN WÄHLER, die nicht abwarten wollen, was uns die Bundesregierung antwortet, geht uns zu schnell. Wir müssen diese paar Wochen noch abwarten, damit wir ordnungsgemäß reagieren können und eine Klage auch wirklich Erfolg hat. Lieber Herr Kollege Aiwanger, wir müssen diese Zeit wirklich noch abwarten.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie hatten schon monatelang Zeit!)

– Jede Woche schmerzt uns. Das ist richtig. Diese paar Wochen müssen wir jedoch noch aufbringen. Dann können Sie sicher sein: Wenn sich nichts tut, werden wir Klage einreichen; denn sonst hätten wir das Gutachten nicht in Auftrag gegeben und die entsprechenden Schritte eingeleitet.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Zellmeier, einen kleinen Moment bitte. Sie müssen auch noch ein bisschen abwarten, wenn ich das aufgreifen darf. Mir liegen zwei Zwischenbemerkungen von Frau Kollegin Kamm und Herrn Kollegen Pohl vor. Frau Kamm, bitte schön.

Christine Kamm (GRÜNE): Herr Kollege Zellmeier, Sie haben die Rückkehrzentren als gut funktionierende Einrichtungen gelobt. Ich würde Ihnen raten, sich die Zentren erst einmal anzusehen. Schauen Sie mal, wie viele Asylsozialberater dort sind. Schauen Sie, ob es eine funktionierende Rückkehrberatung gibt. Schauen Sie, in welchen Situationen Flüchtlinge von Bayern zurückgeschoben werden. Ich kenne den Fall einer achtköpfigen Familie, die von Bayern in die Obdachlosigkeit nach Südserbien abgeschoben worden ist. Das macht Bayern. Die Familie war fünf Jahre hier. In den Rückkehrzentren gibt es keine Anlaufstellen, keine Beratungen oder Hilfen. Es geht bloß darum, die Menschen so schnell wie möglich rauszubringen. Über die Umstände im Hinblick auf das Catering, die Decken usw. möchte ich gar nichts sagen. Schauen Sie wenigstens, dass in den Rückkehrzentren menschenwürdige und anständige Verhältnisse herrschen, bevor Sie sie so loben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Josef Zellmeier (CSU): Die Rückkehrzentren sind – wie ich höre, zu Ihrem Bedauern – erfolgreich, weil die Zahl der Rückkehrer tatsächlich deutlich gestiegen ist. Das gilt auch für die freiwilligen Rückkehrer. Die Zahl der Menschen, die zu uns kommen, ist extrem zurückgegangen. Ziel war es klarzumachen: Wer in Serbien, im Kosovo oder Makedonien – wo auch immer – sein Haus verkauft und glaubt, das Land verlassen zu können, um hier sein Glück zu finden, lebt im Irrtum. Er lebt im Irrtum, ob er ein Jahr hier ist, ob er zwei Jahre hier ist oder ob er ein paar Wochen hier ist. Jedem aus diesen Ländern, der ein paar Wochen hier ist und zurück muss, ist klar, dass er keine Chance hat. Es ist dann klar, dass man seine Existenz nicht aufs Spiel setzen sollte für ein vermutetes Glück, das es nicht gibt, und das es auch nie geben wird. Liebe Frau Kollegin Kamm, ich darf darauf hinweisen, dass mittlerweile auch führende GRÜ-

NEN-Politiker sagen: Wir müssen Flüchtlinge aus diesen Ländern wesentlich früher abschieben. – Ich frage Sie: Was hat Asylsozialberatung denn für einen Sinn, wenn die Leute möglichst schnell gehen sollen?

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Wir müssen unsere Mittel und unser Personal doch auf die konzentrieren, die bleiben dürfen, die eine Perspektive haben. Denen müssen wir helfen. Es ist niemandem damit gedient, wenn wir Geld an diejenigen verschwenden, die in einigen Wochen wieder weg sind. Das ist doch der falsche Weg.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Jetzt kommt Herr Kollege Pohl. Bitte schön.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Zellmeier, Sie haben momentan doch kein Problem mit einer rot-grünen Landesregierung, sondern Sie haben Probleme mit einer CDU-geführten Bundesregierung.

(Unruhe bei der CSU)

Sie haben jetzt eine Klage angekündigt. Wir verlangen, diese unverzüglich einzureichen, das heißt, ohne schuldhaftes Zögern und nicht sofort.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Sind wir jetzt in einer Rechtsvorlesung?)

Die Klage ist selbstverständlich erst einmal zuzustellen, und eine Stellungnahmefrist ist zu gewähren. Da machen Sie nichts kaputt.

Finanzminister Söder hat eine Klage zum Länderfinanzausgleich befürwortet. Das wurde von uns unterstützt. Er hat dies getan, um Druck aufzubauen. Warum machen wir es hier nicht genauso?

(Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Noch eine letzte Bemerkung: Wir wollen nicht, Herr Kollege Zellmeier, dass dies hier zu einem parteipolitischen Spektakel verkommt. Wir wollen vielmehr den sinnvollen Weg einer Klage des Freistaats Bayern gegen eine Bundesregierung, die von Ihnen mit geführt wird. Wir wollen das unterstützen, um die Interessen des Freistaats Bayern zu wahren. Wir halten es deshalb für richtig, dass dieses Parlament, nicht nur die Regierung, ein Votum abgibt. Bei dieser Deutung des Wortes "unverzüglich" könnten sie problemlos zustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Josef Zellmeier (CSU): Lieber Herr Kollege Pohl, die Deutung, die Sie dem Wort geben, eine juristische Deutung, ist eine andere als die, die Ihr Fraktionsvorsitzender Herr Aiwanger formuliert hat. Er möchte gar nicht warten, er möchte am liebsten noch heute klagen. Für uns ist eine Klage hingegen wirklich das letzte Mittel. Es ist schließlich nicht normal, dass Länder gegen den Bund klagen, noch dazu ein Land, das von einem Koalitionspartner in Berlin geführt wird. Es ist aber auch nicht einmalig.

(Lachen des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

- Lieber Herr Kollege Rinderspacher, die Hansestadt Hamburg hat gegen den Bund in Sachen Betreuungsgeld geklagt. Sie wissen, wer die Hansestadt Hamburg führt. Frau Ministerin Schwesig von der SPD hat den Bund in Fragen Betreuungsgeld vertreten. Gleichzeitig hat die SPD-geführte Hansestadt Hamburg, die gegenteilige Meinung vertreten. Es ist also nicht ungewöhnlich. Oder denken Sie an die FDP-Bundestagsfraktion. Lesen Sie die "Bayerische Staatszeitung", die ist sehr erhellend. Herr Professor Schumann, dessen Vorlesungen ich selbst besuchen durfte, hat das dort deutlich ausgeführt. Die FDP-Bundestagsfraktion hat während der Koalition unter Helmut Kohl beispielsweise gegen die damalige Bundesregierung geklagt. Da ging es um einen Organstreit, die damaligen Out-of-Area-Einsätze. Das alles sind Dinge, die es schon gegeben hat. Es ist nicht normal, aber es ist auch nicht völlig ungewöhnlich. Weil es nicht normal ist, wollen wir alle Verhandlungsmöglichkeiten ausschöpfen, Herr Kollege

Pohl. Wir wollen uns aber nicht binden; denn wir sagen: An dem Tag, an dem die Antwort da ist, werden wir prüfen, ob sie uns genügt. Wenn sie uns nicht genügt, dann wird am nächsten Tag Klage eingereicht.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Wir werden dieses Druckmittel natürlich auch weiter benutzen. Sie können aber sicher sein: Wenn wir keine andere Möglichkeit mehr sehen - und die Zeit dafür ist sehr nah -, dann werden wir die Klage einreichen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das Schwert wird stumpf, wenn Sie es nicht endlich nutzen!)

Wir werden uns aber nicht von den FREIEN WÄHLERN treiben lassen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das sollten Sie aber! – Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Dann kämen wir in den Wald!)

Ich habe Ihnen zu Beginn dafür gedankt, dass Sie unsere Linie hier unterstützen. Sie sehen, ich will kein parteipolitisches Geplänkel. Wir sind dankbar, dass Sie mit uns gehen. Die linke Seite des Hauses ist unvernünftig. Sie sind vernünftig. Aber nicht alles, was in Ihrem Antrag steht, ist vernünftig. Wir werden ihm deshalb nicht zustimmen. Wir haben aber einen Antrag eingebracht, dem Sie gerne zustimmen können; denn dieser Antrag ist vernünftig.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Kollege Zellmeier. - Jetzt Herr Kollege Rinderspacher für die SPD-Fraktion. Bitte schön.

Markus Rinderspacher (SPD): Werter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Statt eines Dringlichkeitsantrags der FREIEN WÄHLER zum Thema, wie die FREIEN WÄHLER die CSU rechts außen überholen können, hätte die SPD-Fraktion ein viel wichtigeres Signal von Ihnen erwartet, Herr Kollege Aiwanger.

(Beifall bei der SPD)

Wir hätten eine Entschuldigung des Bundesvorsitzenden der FREIEN WÄHLER erwartet für diese unerhörte Krawallaktion mit Ihrem Landrat Dreier aus Landshut in Berlin.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und Abgeordneten der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die SPD-Bürgermeister haben unterschrieben!)

Dem Vernehmen nach haben Sie, Herr Kollege Aiwanger und Frau Kollegin Widmann, die Public-Relations-Tour auf Kosten und auf dem Rücken der Flüchtlinge aus Ihren Privatmitteln finanziert. Diese Aktion war kein Beitrag zur Versachlichung der Flüchtlingsdebatte. Das war kein Beitrag zur politischen Aufklärung von Staatsorganen, wie Sie sich anzumaßen meinten. Es ging Ihnen auch gar nicht darum, die Bundeskanzlerin wachzurütteln, wie Sie verlautbart haben. Ich sage Ihnen: Menschen in Not und Ausnahmesituationen in Busse zu stecken und sie quer durch die Republik zu karren, um sie für parteipolitische Geländegewinne zu instrumentalisieren, ist widerwärtig und beschämend. Dafür sollten Sie sich entschuldigen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Damit schaden Sie der Demokratie. Sie beschädigen damit auch das Ansehen der Politik im Allgemeinen.

Kolleginnen und Kollegen, anstatt uns heute im Bayerischen Landtag mit dem politisch Notwendigen auseinanderzusetzen, mit Integrationsfragen, mit Fragen der Flüchtlingsunterbringung, mit der Sicherheit an der bayerischen Grenze und im öffentlichen Raum, veranstalten die nationalkonservativen Parteien des Hohen Hauses ein Stück aus dem politischen Tollhaus. Herr Seehofer aus der Staatsregierung schreibt Herrn Seehofer aus der Bundesregierung einen Brief. Die CSU Bayern verklagt die CSU Bund. Die Christsozialen sind des Regierens im Bund müde und unwillig. Sie gefallen sich in der Rolle der Fundamentalopposition gegen sich selbst.

(Unruhe bei der CSU)

Selten zuvor hat eine Regierungspartei einen so harten und durchschaubaren Kurs gegen sich selbst gefahren wie diese Christlich-Soziale Union. Meine Damen und Herren, inhaltlich sind Sie im Bund in allem gescheitert, was Ihnen in den letzten Wahlkämpfen wichtig war: Betreuungsgeld – vom Verfassungsgericht gekippt. Ausländermaut – Herr Dobrindt bekommt es nicht hin. Ausgerechnet diese großspurig Gescheiterten reiten nun auf der Welle des galoppierenden Autoritätsverlusts und der erkennbaren Führungsschwäche der Bundeskanzlerin. Ich sage Ihnen, ein vertrauliches und gutes Zusammenarbeiten ist mit Briefeschreibern kaum möglich. Arbeiten Sie im Bundeskabinett vernünftig mit, oder verlassen Sie die Bundesregierung!

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Ihnen in der CSU geht es - und diesen Vorwurf müssen Sie sich gefallen lassen - in diesen Tagen offensichtlich nicht um staatspolitische Verantwortung, sondern um parteipolitische Geländegewinne. Ihre Partei vollzieht einen atemberaubenden Rechtsruck, um die AfD zu verhindern.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): A'geh!)

Diese Grundhaltung ist auch bei den Neujahrsempfängen des CSU-Parteivorsitzenden deutlich geworden. Herr Seehofer spricht seit Wochen von nichts anderem mehr als davon, dass dieses ein Schicksalsjahr für die Union wäre. Meine Damen und Herren, die Flüchtlingskrise, ein Schicksalsjahr für die Union? – Das sagt viel aus.

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Das sagen Sie mit 16 %!)

Den Menschen im Land ist es egal, welches Schicksal einzelne Parteien erfahren, egal ob sie CSU heißen, SPD, GRÜNE oder FREIE WÄHLER.

(Zuruf der Abgeordneten Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU))

Es geht um unzählige Schicksale von Menschen in Krieg, Not, Armut und Elend, die uns bekümmern müssen. Sie aber agieren nach dem Prinzip: Zuerst die Partei, dann das Land. - Das ist unverantwortlich, meine Damen und Herren!

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Heute beraten wir im Kern ein Gutachten von Herrn Di Fabio, das von zahlreichen Staatsrechtlern mittlerweile als Gefälligkeitsgutachten bewertet wird.

(Josef Zellmeier (CSU): Was ist mit Scholz und Schumann?)

Unabhängig davon, dass die politischen Fragen unserer Zeit nicht mit Briefen und auch nicht mit gegenseitigen Klagen von Regierungen zu beantworten sind, darf man festhalten: Es wird zu keiner Klage der CSU kommen, weil die CSU auf eine Beteiligung an der Bundesregierung existenziell angewiesen ist, egal, ob sie diese Aufgabe konstruktiv oder destruktiv wahrnimmt. Auch juristisch wäre es ein Drahtseilakt. Wie man das Gutachten juristisch auch bewertet, eines ist nämlich klar: Es geht nur dann von einer Verfassungswidrigkeit aus, wenn ein Staatsnotstand in Bayern und in Deutschland gegeben ist. Dieser Staatsnotstand existiert aber nicht. Wäre es so, dann hätte die Bayerische Staatsregierung laut Bayerischer Verfassung umgehend das Parlament in einer Sondersitzung davon unterrichten müssen. Das ist nicht geschehen, Herr Innenminister. Wir haben keinen Staatsnotstand. Die Kühlschränke der Menschen in Bayern sind so gut oder so schlecht gefüllt wie vor der Flüchtlingsbewegung. Der Staatshaushalt wurde vom zuständigen Minister noch vor wenigen Wochen als triumphal fest und solide gefeiert.

(Josef Zellmeier (CSU): So soll es auch bleiben!)

Die öffentliche Sicherheit in Bayern hat sich im Hinblick auf Straftaten gegenüber den Vorjahren nicht verändert, auch nicht im vergangenen Jahr. Wir haben keinen Staatsnotstand, nicht in Bayern und nicht in Deutschland. Der einzige Notstand, den wir im

Land erleben, ist der Verlust an politischer Kultur durch das Agitieren der rechtsnationalen Parteien und Gruppierungen inner- und außerhalb des Hohen Hauses.

(Beifall bei der SPD)

Wir sehen mit großer Sorge, dass der Rechtspopulismus auch in der Mitte unserer Gesellschaft wieder salonfähig wird. Sogenannte besorgte Bürger und Neonazis sind bei Demonstrationen, nicht nur in Dresden, kaum noch auseinanderzuhalten. Immer häufiger mischt sich in berechtigte Fragen der Asyldebatte dumpfer Rassismus. Die Hemmschwellen sinken; inzwischen muss die Polizei die Presse vor dem Bürger schützen. Ich sage Ihnen: Wer Migranten tagein, tagaus unter Generalverdacht stellt, wer Flüchtlinge pauschal mit Terrorismus in Verbindung bringt, wer mit den Ängsten der Menschen spielt,

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Wer macht denn das?)

wer Ressentiments schürt, wer zulasten von Ausländern politische Zündeleyen betreibt, wer wie der CSU-Generalsekretär Scheuer für Flüchtlinge die Unschuldsvermutung aussetzen will, wer straffällige Zuwanderer ohne Prozess unter Abschaffung des Rechtsstaats, auf den man sich stets beruft, abschieben will, wer die Stimmung in dieser Hinsicht aufheizt, wer das gesellschaftliche Klima vergiftet, wer Schwache gegen noch Schwächere in Stellung bringt, der schadet unserem Land in unverantwortlicher Weise, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Oliver Jörg (CSU))

Jede zweite Nacht, alle 48 Stunden brennt in Deutschland ein Flüchtlingsheim. Wie durch ein Wunder kam es bislang nicht zu einem Todesfall. Ich fordere Sie auf: Gießen Sie nicht weiter Öl ins Feuer der öffentlichen Debatte; nehmen Sie Ihre staatspolitische Verantwortung wahr!

(Beifall bei der SPD)

Ich bedauere es im Übrigen sehr – das ist augenscheinlich -, dass weder Sie, Herr Zellmeier, noch Sie, Herr Aiwanger, Ihre Anträge begründen und näher darlegen, was Sie sich vorstellen. Da geht es im Kern um die Sicherung der bayerischen Außengrenzen. Wir erwarten von Ihnen, Herr Innenminister, einen Bericht, wie Sie sich konkret die Sicherung der Grenzen Bayerns vorstellen. Sie sagten, Sie wollten die bayerische Landespolizei dafür einsetzen. Wie viel Personal aus Bayern ist für Ihr Konzept nötig? Wollen Sie alle sechzig Grenzübergänge aus der Zeit vor Schengen wieder mit Schlagbäumen versehen? Wie viel Personal ist dafür nötig? Welche Lücken in das Netz der inneren Sicherheit im Landesinneren werden damit gerissen? – Die bayerischen Polizisten haben allein im letzten Jahr 1,5 Millionen Überstunden gemacht. Wie hoch wird diese Zahl am Ende des Jahres 2016 sein? Wie handhaben Sie, Herr Innenminister, die Kontrolle an der sogenannten grünen Grenze? Wie stellen Sie sich das an der Grenze zu den tschechischen Regionen Karlsbad, Pilsen und Südböhmen auf einer Länge von 357 Kilometern, an der Grenze zu den österreichischen Bundesländern Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg auf einer Länge von 816 Kilometern und an der Grenze zum Schweizer Kanton St. Gallen auf einer Länge von 19 Kilometern vor? – In der Zeitung "DIE WELT" war unter Berufung auf Bundespolizeikreise und auf Unionspolitiker zu lesen, dass eine Grenzsicherung nach Ihrem Modell ohne Wasserwerfer und Tränengas überhaupt nicht möglich ist. Was ist Ihr Konzept, Herr Innenminister? Wollen Sie das? Wie wollen Sie die Grenzen sichern? Was ist Ihre Vorstellung? – Immer nur so zu tun, als würde man Verbesserungen herbeiführen wollen, ohne der Öffentlichkeit konkret darzulegen, wie das funktionieren soll, kann nicht angehen.

(Beifall bei der SPD)

Wir als SPD erteilen einer Grenzsicherung durch die bayerische Landespolizei eine klare Absage. Es ist nicht bayerische Aufgabe, die Landesgrenzen zu schützen. Die Polizisten im Freistaat haben 1,5 Millionen Überstunden angehäuft. Man kann ihnen diese zusätzliche Aufgabe nicht aufbürden.

Im Übrigen kann ich Ihnen den Hinweis darauf nicht ersparen, dass die Bundespolizei auch deshalb ihre Aufgabe an der bayerischen Grenze nicht wirklich, zumindest nicht hinreichend, wahrnehmen kann, weil Bundespolizei-Personalstellen in der Amtszeit Ihres Bundesinnenministers Hans-Peter Friedrich abgebaut statt aufgebaut wurden. Sie haben das Dilemma in Ihrer politischen Verantwortung selbst herbeigeführt, meine Damen und Herren von der CSU!

(Beifall bei der SPD)

Wir sagen: Ja, die Außengrenze muss kontrolliert werden. Wir müssen wissen, wer zu uns ins Land kommt. Da sind wir uns einig. Aber wer wie die Rechtsnationalen hier im Parlament den Eindruck erweckt, hermetisch abgeriegelte Grenzen und neue Mauern seien eine Lösung für das europäische Flüchtlingsproblem, der täuscht die Menschen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das hat keiner gesagt!)

Abschottung konzentriert und vergrößert die Probleme, anstatt sie zu lösen. - Herr Aiwanger, ich hätte gerne von Ihnen gewusst, wie Sie sich das vorstellen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ich habe fünf Argumente aufgezählt! Sie haben bisher noch keines gesagt!)

- Argumente bringen hier gar nichts. Wir hätten von Ihnen ein Konzept erwartet.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das hab ich doch vorgestellt!)

Wenn Sie sagen, Sie haben konkrete Vorstellungen zur Grenzsicherung, dann stellen Sie die hier im Parlament dar. Aber streuen Sie den Menschen nicht Sand in die Augen; tun Sie nicht so, als hätten Sie Konzepte.

(Beifall bei der SPD – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie haben bloß gefragt, wo das hinführen soll!)

Neue Schlagbäume, wie sie von FREIEN WÄHLERN und CSU ins Gespräch gebracht werden, ohne konkret vorgestellt zu werden, machen Europa nicht sicherer, nicht friedlicher, nicht berechenbarer. Wir brauchen jetzt politische Investments in das Verbindende, nicht in das Trennende, nämlich in europäische Solidarität. Sie müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, dass Ihre heutigen Anträge nichts anderes sind als Symbolpolitik. Wenn's wenigstens die richtigen Symbole wären, die Sie hier auswählen, meine Damen und Herren! Wir als SPD stehen für Zusammenhalt statt Spaltung, für ein Miteinander statt ein Gegeneinander, für Zusammenhalt und Gemeinsinn statt politischen Rechtspopulismus. Deshalb lehnen wir Ihre Anträge ab.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Bitte verbleiben Sie am Rednerpult. - Bevor ich dem Kollegen Steiner das Mikrofon für eine Zwischenbemerkung freischalte, gebe ich bekannt, dass die CSU namentliche Abstimmung zu ihrem Dringlichkeitsantrag beantragt hat.

Klaus Steiner (CSU): Herr Rinderspacher, Sie haben jetzt öfter von Rechtspopulismus gesprochen. Auf meine folgende Frage will ich eine konkrete Antwort: Wie bewerten Sie das Vorgehen von SPD-Ortsverbänden in Essen, die sich aktuell in ihren Stadtteilen massiv gegen die Errichtung von Asylbewerberunterkünften wenden und Bürgerinitiativen dagegen gründen? – Erste Frage.

Sie reden von Abschottung. Wie bewerten Sie das Verhalten und die Reaktion der sozialdemokratisch geführten schwedischen Regierung, die gestern oder heute beschlossen hat, 80.000 Asylbewerber auszuweisen? - Das ist die Hälfte der Asylbewerber, die derzeit im Land sind. Wie bewerten Sie das Verhalten der sozialdemokratischen Regierungen von Österreich oder von Tschechien, die die Grenzen dicht machen? Ist das auch Rechtspopulismus? Wie sehen Sie das? – Eine konkrete Antwort bitte.

(Beifall bei der CSU)

Markus Rinderspacher (SPD): Eine konkrete Antwort sollen Sie bekommen, Herr Steiner. Die SPD in Nordrhein-Westfalen hat sich klar davon distanziert, dass es Demonstrationen und Unterschriftensammlungen zulasten von Flüchtlingen in Essen geben soll. Hannelore Kraft und auch verschiedene andere Politiker haben das klargestellt. Danke, dass Sie mir die Gelegenheit geben, das hier noch einmal zu bekräftigen.

Zweitens. Sie sagen, dass Grenzkontrollen notwendig sind. Das sagen auch wir. Aber Sie vermitteln den Eindruck, dass Sie die bayerische Außengrenze hermetisch abriegeln können oder wollen – selbstverständlich, anders ergibt es keinen Sinn. Sonst würden auch Ihre Klageandrohung, Ihr Brief, Ihr Gutachten überhaupt keinen Sinn ergeben. Sie vermitteln den Eindruck, als hätten Sie eine Lösung, wenn Sie von Obergrenzen sprechen. Noch immer haben Sie keine Antwort darauf gegeben, was Sie mit dem 200.001. Flüchtling machen, der nachts um halb zwei an einer bayerischen Außengrenze mit zwei Kindern auf dem Arm ankommt und dessen syrische Frau zuhause im Bombenhagel gestorben ist. Was machen Sie mit diesem 200.001. Asylbewerber in Bayern?

(Josef Zellmeier (CSU): Was macht denn Schweden, was macht Österreich? – Zuruf des Abgeordneten Oliver Jörg (CSU) – Weitere Zurufe von der CSU)

Endet das Asylrecht für die CSU im April oder im Mai? Ist es jahreszeitenabhängig? – Wir sagen: Nein, das ist keine Lösung; das sind Scheinlösungen, das ist Symbolpolitik. Damit ist niemandem geholfen; damit kriegt man vielleicht für ein 20-Sekunden-Fernsehstatement mal einen schnellen Applaus.

In einem sind wir uns einig: Wir müssen tatsächlich dafür Sorge tragen, dass sich die Zahl der Flüchtlinge, die zu uns kommen, vermindert, verringert, reduziert, damit Integration gelingt. Darüber wollen wir reden.

(Josef Zellmeier (CSU): Verraten Sie uns mal, wie! Auf diese Frage brauchen wir eine Antwort!)

Darüber, dass das eine schwierige Aufgabe ist, sind wir uns hoffentlich alle einig, wenn wir eine ernsthafte Debatte führen. Sie hingegen fallen der Bundeskanzlerin in den Rücken, die wie keine andere Politikerin in unserem Land jetzt die Aufgabe hat, das zu leisten, was notwendig ist,

(Zuruf des Abgeordneten Oliver Jörg (CSU))

nämlich europäische Solidarität zu organisieren. Ich sage immer: Die Kanzlerin wäre gut beraten gewesen, wenn sie nicht zweimal ergebnislos in Kreuth gewesen wäre, sondern ein Ergebnis in Prag, in Warschau, in Lissabon, in Madrid oder in Kopenhagen herbeigeführt hätte. Damit wäre uns mehr geholfen gewesen. Da sollten wir zusammenarbeiten.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Moment. Noch eine weitere Zwischenbemerkung: Kollege Aiwanger.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Herr Rinderspacher, Sie haben auch nur dargestellt, was alles nicht ginge und wie schlimm es enden würde, wenn man die Maßnahmen an den Grenzen verstärken würde. Unser Vorschlag war, zumindest das Personal zu verstärken. Ich will jetzt gar nicht bis zur besseren Zusammenarbeit mit Österreich ausholen. Wir hatten in Laufen an der Grenze unsere Klausur. Die Österreicher bieten der Bundesrepublik sogar an, in enger Absprache einen gewissen Teil unberechtigter Asylbewerber zurückzunehmen. Da ist also Luft im System. Da heißt es nicht: 3.000 rein oder raus, sondern Österreich sagt: Wir wären bereit, davon ein paar Hundert zurückzunehmen. – Da muss man anknüpfen und auf das Mögliche setzen.

Aber meine konkrete Frage an Sie betrifft dies: Ich habe durchaus den Eindruck, dass sich die SPD im Landtag mittlerweile in einen Elfenbeinturm hineindiskutiert hat und ausblendet, was ihre Kommunalpolitiker zuhause sagen, die den Hilferuf des Landrats Dreier aus Landshut unterstützt haben, um der Frau Merkel ein Zeichen zu setzen.

Dieser Hilferuf wurde auch von den SPD-Bürgermeistern im Landkreis Landshut unterstützt. Sie haben sich einstimmig hinter den Landrat gestellt. Der Landrat aus Dingolfing, Herr Trapp, SPD, sagte: So geht es in der Flüchtlingspolitik nicht weiter. - Die Kommunalpolitiker der SPD fordern ebenfalls eine Kurskorrektur ein. Wenn Sie sagen, das seien alles Populisten, dann machen Sie es sich damit zu einfach.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Kollege Aiwanger, mit Ihrer Einlassung bestätigten Sie meinen Vorhalt, nämlich dass Sie lautstark auftreten, Obergrenzen und dichte Grenzen fordern.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das habe ich nie gefordert!)

– Was ist denn Ihr Antrag? Sie fordern eine Klage des Freistaats Bayern gegen die Bundesrepublik, damit die Grenzen gesichert werden. Einen härteren Antrag kann man nicht stellen. Auf Nachfrage sagen Sie, es ginge Ihnen nur darum, dass das Personal ein bisschen aufgestockt wird, damit wir mehr Polizisten haben. Darüber sind wir uns hier im Hohen Haus doch einig. Wir brauchen mehr Bundespolizei an der bayerischen Außengrenze.

Aber es ist etwas anderes, eine solche seriöse, solide Forderung zu stellen, als die Menschen mit harten Parolen und Populismus auf die Bäume zu treiben. Wenn man dann nachfragt, kommt von Ihnen nichts.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb braucht es politische Kräfte. Dazu fordere ich Sie auf. Sie sind als FREIE WÄHLER einmal mit der Aussage gestartet, mit Maß eine Politik der Mitte zu betreiben, statt mit Populismus die CSU rechtsaußen zu überholen.

(Beifall bei der SPD)

Es geht darum, mit klugen Konzepten Lösungen zu erreichen. Deswegen brauchen wir keine Flüchtlingspolitik durch die rosarote Brille. Wir kennen die Probleme genauso wie Sie, Herr Aiwanger. Aber die Art und Weise, mit Bussen durchs Land zu ziehen, Pressekonferenzen zu geben, Flüchtlingen eine Schachtel Mandarinen zu reichen – das ist unter aller Kanone!

(Beifall bei der SPD)

Das muss Ihnen klar werden. Das kann nicht der politische Stil sein, in dem wir in diesem Land miteinander umgehen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Als nächste Rednerin bitte ich die Kollegin Bause zum Mikrofon.

Margarete Bause (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon eine bizarre Situation. Da werfen die einen Vereinfacher den anderen Vereinfachern Vereinfachung vor, versuchen, sich gegenseitig zu überbieten. Und die Einzigen, die davon profitieren, sind die Leute von der AfD.

Es ist bizarr: Die CSU droht der eigenen Regierungschefin mit einer Verfassungsklage. Sie droht der Regierung, der sie selber angehört, mit einer Klage. Sie drohen mit einer Verfassungsklage gegen sich selber.

Angeblich - so habe ich gelesen - klagt ja nur die CSU-Regierung in Bayern, nicht die CSU als Teil der Regierung in Berlin. Ich muss Ihnen sagen: Das kann ich mir politisch nicht mehr erklären, sondern nur mehr pathologisch. Man nennt das Bewusstseinspaltung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was bezwecken Sie mit Ihren Dauerattacken, mit Ihren Drohungen, mit Ihren sich überschlagenden Scharfmacherparolen? Was bezwecken Sie mit Ihrer sich dauernd schneller drehenden Eskalationsspirale?

Was bleibt Ihnen denn noch, wenn alle Brandbriefe geschrieben sind, wenn die Verfassungsklage eingereicht ist und letztlich scheitern wird? Was Ihnen dann noch bleibt, ist der Austritt aus der Bundesregierung, ist der Bruch der Koalition. Mit dieser Drohung machen Sie mächtig Eindruck.

Auch Ihnen müsste schon aufgefallen sein: Es braucht Sie nicht für die Regierungsmehrheit in Berlin. Das ist Ihr eigentliches Problem. Sie sind verzichtbar für die Regierungsmehrheit in Berlin. Davor haben Sie Panik. Das ist das eigentliche Problem.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Je mehr Sie sich aufmandeln, desto mehr demonstrieren Sie Ihre Schwäche. Die ganze Farce mit Ihrer angekündigten Klage zeigt nichts anderes als Ihre Hilflosigkeit.

In der Sache bewirken Sie nichts. Das haben Sie offen zugegeben. Die Bundeskanzlerin muss Ihre Klage nicht wirklich fürchten. Jedoch haben Ihre Äußerungen, hat Ihr Dauerstakkato, hat Ihr kopfloser, panischer Aktionismus eine Wirkung. Sie bewirken, dass die schon bestehende Verunsicherung in der Bevölkerung nochmals steigt. Die Leute wissen wirklich nicht mehr, woran sie sind. Da ist das Gerede von Notstand, von Notwehrmaßnahmen. Das bewirkt, dass die Menschen fragen: Was kommt denn da noch alles? Woran können wir uns noch festhalten? - Davon profitieren dann genau die, die Sie angeblich kleinhalten wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Josef Zellmeier (CSU))

– Herr Zellmeier, hören Sie zu. Ich sage Ihnen: Wer den rechten Mob füttert, bewirkt, dass er wächst, und nicht, dass er schrumpft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie sollten nicht weiter permanent Angstpolitik betreiben, sondern die Werte unseres Grundgesetzes besonnen verteidigen.

Glauben Sie denn wirklich, dass wir einfach mal so unsere Grenzen schließen können, und dann wäre alles wieder gut? Ist Ihnen schon aufgefallen, dass wir im 21. Jahrhundert leben? Wir leben in einer globalen, vernetzten Welt. Von dieser profitieren wir übrigens alle, und die Wirtschaft profitiert davon. Sie sagen doch immer, wie wichtig es ist, die Wirtschaft zu unterstützen. In dieser globalen, vernetzten Welt können wir nicht einfach mal den Schalter umdrehen und die Grenzen dichtmachen. Davon würde nämlich der allergrößte Schaden ausgehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wollen Sie denn wirklich diesen Überbietungswettbewerb der verschiedenen Länder in Ihrem Sankt-Florians-Prinzip? Nach der Methode: Wir machen die Grenzen dicht. Dann müssen aber auch die Nächsten die Grenzen dichtmachen, auch die Übernächsten müssen die Grenzen dichtmachen. Dies endet dann am Mittelmeer. Wollen Sie denn, dass die Flüchtlinge dort stranden oder am rettenden Ufer möglicherweise gar nicht erst ankommen? Wollen Sie, dass Hunderttausende von Menschen in den europäischen Ländern hin- und hergeschoben werden? – Das ist keine konstruktive Politik, auch keine menschliche Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihr Spiel ist auch deswegen so gefährlich, weil Sie damit letztendlich Europa aufs Spiel setzen. Was wir jetzt brauchen, ist nicht die Flucht vor der europäischen Verantwortung. Was wir jetzt brauchen, ist mehr europäische Verantwortung. Herr Rinderspacher hat das gesagt. Es geht um mehr europäische Solidarität statt um das Dichtmachen von Grenzen. Wenn jeder danach schaut, dass er möglichst wenig Flüchtlinge aufnehmen muss, dann ist das ein Versagen unserer Verantwortung und der europäischen Verantwortung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Bundeskanzlerin hat in der Tat verstanden, dass wir die Probleme europäisch anpacken und lösen müssen. Auch Ihr Entwicklungshilfeminister Gerd Müller hat das verstanden. Es gibt also doch noch Hoffnung, dass einige in Ihren Reihen der Vernunft nicht ganz abgeneigt sind. Der Unions-Fraktionschef Kauder hat Sie vor Kurzem aufgefordert, Sie sollten endlich verbal abrüsten. Er hat gesagt: Wir sind hier nicht im Kasperletheater, sondern in einer der größten Bewährungsproben unseres Landes. Ich stimme ihm nicht oft zu, aber in diesem Punkt kann ich ihm zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb brauchen wir keine weitere Eskalationsspirale, sondern konstruktive und besonnene Lösungen. Vielleicht sollten Sie sich den Rat einer weiteren Parteifreundin der CDU zu Herzen nehmen: Julia Klöckner hat vor Kurzem gesagt: einfach mal die Klappe halten und arbeiten.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Als nächsten Redner bitte ich Herrn Staatsminister Herrmann zum Rednerpult.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es freut mich, dass sich auch die Fraktion der FREIEN WÄHLER die Erkenntnisse des von der Bayerischen Staatsregierung in Auftrag gegebenen und am 12. Januar der Öffentlichkeit vorgestellten Gutachtens von Professor Dr. Di Fabio zu eigen macht. Eine deutliche Kurskorrektur der Bundesregierung in der Flüchtlingspolitik ist dringend notwendig.

Wenn es nicht gelingt, die Zahl der Flüchtlinge, die bis heute täglich nach Deutschland kommen, zu reduzieren, werden wir auch in diesem Jahr wieder mit einer Million und mehr Flüchtlingen rechnen müssen. Das stellt die Länder, das stellt vor allen Dingen aber auch unsere Kommunen vor nicht mehr zu bewältigende Herausforderungen.

Darin sind sich fast alle Länder der Bundesrepublik Deutschland, der Städtetag, der Landkreistag sowie zahlreiche Oberbürgermeister und Landräte völlig einig.

Die Bemühungen des Bundes, gegenzusteuern, haben bisher noch zu keinem nachhaltigen Erfolg geführt. Recht und Ordnung müssen bei Grenzschutz und Einreise unverzüglich wieder hergestellt werden. Das ist, wie auch das Gutachten zeigt, ein Gebot unserer Verfassung. Auf der Grundlage des von der Staatsregierung bereits im Herbst letzten Jahres in Auftrag gegebenen Gutachtens und angesichts der massiven Belastungen für den Freistaat Bayern hat der Ministerrat vorgestern für den Freistaat Bayern beschlossen, die Bundesregierung konkret aufzufordern, die dringend notwendigen Maßnahmen zur Begrenzung des Flüchtlingsstroms unverzüglich zu ergreifen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

In einem Schreiben des Ministerpräsidenten wurden der Bundeskanzlerin vor allem vier zentrale Forderungen förmlich unterbreitet:

Erstens. Auf europäischer Ebene ist alles zu unternehmen, um die wirksame Sicherung von EU-Außengrenzen sowie eine effektive und faire Verteilung von Flüchtlingen durchzusetzen. Herr Kollege Rinderspacher, das ist, wohlgemerkt, der erste Punkt.

Zweitens. Bis zu einer europäischen Lösung sind umgehend effektive eigene Grenzkontrollen durchzuführen, die vor allem eine vollständige Registrierung der einreisenden Flüchtlinge an allen Grenzübergängen sicherstellen.

Drittens. Es ist möglichst umgehend eine Obergrenze für die Aufnahme von Flüchtlingen von jährlich 200.000 Personen, bezogen auf Deutschland, festzulegen.

Viertens. Schließlich ist die im Grundgesetz verankerte Drittstaatenregelung anzuwenden, nach der alle aus sicheren Drittstaaten wie Österreich illegal Einreisenden noch an der Grenze zurückzuweisen sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich betone noch einmal: Unserem Forderungskatalog steht voran, dass der Schutz der EU-Außengrenzen wieder herzustellen ist. Lieber Herr Kollege Rinderspacher, wir fordern nichts anderes, als dass das geltende Recht der Europäischen Union, niedergelegt in der Schengen-Verordnung und der Dublin-Verordnung, vollumfänglich angewandt wird.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, nach Agenturmeldungen hat der griechische Migrationsminister vorgestern oder vorgestern erklärt, die griechischen Grenzen könnten überhaupt nicht richtig geschützt werden. Ich möchte das fachlich gar nicht näher bewerten, aber ein Land, das von sich sagt, es könne seine Grenzen nicht schützen, hat im Schengen-Raum nichts verloren.

(Beifall bei der CSU)

Kein Land wurde gezwungen, dem Schengen-Raum beizutreten. Wenn ein Land jedoch unterschreibt, dass es dem Schengen-Raum angehören will, dann unterschreibt es damit, dass es einen effektiven Schutz der Außengrenzen garantiert. So ist das festgelegt. Es kann nicht angehen, dass jedes Land im Schengen-Raum dabei sein will und hinterher ein Land erklärt, dass es gar nicht in der Lage sei, seine Grenzen zu schützen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, so können wir mit der Sicherheit Europas nicht umgehen.

(Beifall bei der CSU – Natascha Kohnen (SPD): Wir sind mittendrin, da können wir schön die Verantwortung abgeben!)

- Ja, Frau Kollegin. Wir waren auch einmal ein Außengrenzland. Wir haben damals unsere Außengrenze ordentlich geschützt. Dann sind Österreich, Tschechien und andere Staaten beigetreten. Herr Kollege Rinderspacher, im Übrigen redet überhaupt niemand von der tschechischen Außengrenze. Dort gibt es nämlich überhaupt keine

Probleme. Die Tschechen schützen ihre Grenze ordentlich. Niemand behauptet, dass an der tschechischen Grenze der Schutz verstärkt werden müsste.

Die entscheidende Schengen-Außengrenze ist die slowenische Außengrenze, weil aus dieser Richtung die allermeisten Flüchtlinge kommen. Nachdem Ungarn für einen ordentlichen Schutz seiner Außengrenze sorgt, bin ich sehr dafür, dass wir gemeinsam alles dafür tun, um für lückenlose Kontrollen und für eine 100-prozentige Registrierung zu sorgen. Wenn das realisiert ist, sind wir die Ersten, die das nachdrücklich begrüßen. Das ist gar keine Frage.

Unser Forderungskatalog besagt nur: Wenn es in allernächster Zeit nicht sichergestellt werden kann, dass die Schengen-Außengrenzen ordentlich geschützt werden, dann müssen wir unsere eigenen Grenzen schützen. Lieber Herr Kollege Rinderspacher, wir fordern schon seit Monaten, dass mehr Bundespolizei an die bayerische Südgrenze gebracht werden muss.

(Markus Rinderspacher (SPD): Da sind wir uns einig!)

Der Bundesinnenminister hat die Bundespolizei an dieser Grenze ein Stück weit verstärkt, aber das reicht ganz offensichtlich noch nicht.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Rinderspacher, Sie sprechen hier immer wieder vom Klima und fragen, wer das Klima vergifte. Sie suggerieren mit Bezug auf irgendwelche Pressemeldungen, dass bei einer Sicherung der Grenzen Wasserwerfer und Tränengas eingesetzt werden müssten. Lieber Herr Kollege Rinderspacher, ich kann Ihnen dazu nur sagen: Das ist grober Unfug!

(Beifall bei der CSU – Markus Rinderspacher (SPD): In Ungarn ist es so!)

Ich bin jetzt seit über acht Jahren Innenminister. Nennen Sie mir einen einzigen Fall in diesen acht Jahren, bei dem von der bayerischen Polizei Wasserwerfer oder Tränen-

gas eingesetzt worden wären, nur einen einzigen. Lieber Herr Kollege Rinderspacher, wir haben diese Instrumente in der Reserve, falls irgendwo eine Situation auftreten sollte, wo wir sie brauchen. Ich erkläre ausdrücklich: Wir sind so gut aufgestellt, dass wir zumindest in den acht Jahren, in denen ich Innenminister bin, noch kein einziges Mal Wasserwerfer oder Tränengas gebraucht haben. Deshalb vergiften Sie das Klima, wenn Sie im Zusammenhang mit Grenzkontrollen solche Behauptungen in den Raum stellen.

(Beifall bei der CSU)

Lieber Herr Kollege Rinderspacher, die Wahrheit lautet, dass der geschätzte Vizekanzler Gabriel, Herr Fraktionsvorsitzender Oppermann und viele andere bei jeder Gelegenheit erklären, dass sie selbstverständlich energisch dafür seien, dass in diesem Jahr nicht noch einmal eine Million Flüchtlinge nach Deutschland kommt. Sie erklären energisch, dass sie dafür sind, dass es weniger Flüchtlinge werden. Von der SPD ist jedoch kein einziger konkreter Vorschlag zu hören, was sie dafür tun will, damit dieses Ziel erreicht wird.

(Beifall bei der CSU)

Ich denke an die heutige Auseinandersetzung in der Koalition in Berlin. Die einzige Forderung, die die SPD eingebracht hat, ist die, dass mehr Familiennachzug erfolgt, als am 5. November von den Parteivorsitzenden vereinbart worden ist. Herr Kollege Rinderspacher, wie Sie durch mehr Familiennachzug die Zahl der Flüchtlinge, die in unser Land kommen, reduzieren wollen, das hat mir noch keiner erklären können.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage ausdrücklich, dass wir die Bemühungen der Bundesregierung, eine europäische Lösung zu finden, anerkennen. Aber die Situation hat sich so zugespitzt, dass wir nicht länger zuwarten und allein auf die europäische Lösung hoffen können. Das bringt die Kollegin Julia Klöckner in ihrem Papier, das sie am vergangenen Wochenen-

de veröffentlicht hat, ausdrücklich zum Ausdruck. Europäisches Konzept ja; es ist gut und richtig. Aber es wird wahrscheinlich allein nicht reichen. Deshalb brauchen wir darüber hinaus nationale Maßnahmen, und deshalb müssen wir in Deutschland selbst handeln. Genau darum geht es.

Ich darf darauf hinweisen, dass sogar der Bundespräsident vor einer Woche in seiner Rede in Davos ausdrücklich erklärt hat, dass auch nach seiner Auffassung Deutschland weder moralisch noch rechtlich verpflichtet ist, unbegrenzt viele Flüchtlinge in unser Land zu lassen. Weder der Bundespräsident noch wir wollen das Grundgesetz mit dem Asylartikel in irgendeiner Weise ändern. Wir brauchen überhaupt keine Rechtsänderungen. Alles, was wir fordern, ist mit geltendem EU-Recht und geltendem deutschen Recht zu vollziehen und umzusetzen, nicht mehr und nicht weniger. Das ist unsere Position.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben in der Tat gegenüber dem Bund deutlich gemacht, dass wir uns, falls diese notwendigen und nach der Gesetzeslage nicht nur zulässigen, sondern auch gebotenen Maßnahmen nicht unverzüglich ergriffen werden, ausdrücklich eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht vorbehalten. Vor einer Entscheidung über die Klageerhebung werden wir aber, Herr Kollege Aiwanger, die Reaktion der Bundesregierung auf die von uns konkret unterbreiteten Forderungen abwarten. Wir haben unser Ringen um eine politische Lösung, die natürlich Vorrang haben soll, noch nicht aufgegeben; denn wir sind uns mit der Bundesregierung über das Ziel der deutlichen und nachhaltigen Begrenzung einig. Aber wir sind der festen Überzeugung, dass nicht erneut noch viele Monate ins Land gehen dürfen, sondern dass wir jetzt sehr schnell handeln müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer sich heute in Europa umsieht, erkennt die Lage –, da verschließen Sie, Frau Kollegin Bause, offensichtlich die Augen, oder Sie ignorieren es einfach –: Ich nenne die Beschlüsse der schwedischen Regierung mit voller

Unterstützung des schwedischen Parlaments. Ich nenne die Entscheidungen in Dänemark, die Entscheidung der Großen Koalition mit einem SPÖ-Bundeskanzler in Österreich, wo kürzlich eine Obergrenze beschlossen wurde.

Wenn ich die SPD und die GRÜNEN so anhöre, ist das alles untauglich bzw. moralisch nicht gerechtfertigt, was auch immer. Aber wir haben doch die Realität in Europa zu sehen. Die Regierungen dieser Länder versuchen, der Verantwortung für ihre Länder und ihre Bürgerinnen und Bürger gerecht zu werden. Wir setzen Europa nicht aufs Spiel. Es ist richtig, dass sich Europa um mehr Entwicklungshilfe in Afrika kümmert oder auch um Hilfe für Flüchtlingslager im Nahen Osten. Das ist überhaupt nicht die Frage. Offenkundig ist aber auch Folgendes: Wer sagt, wir wollen eine europäische Lösung, darf nicht ignorieren, dass nahezu alle anderen europäischen Länder, und zwar die jeweiligen Regierungen in Übereinstimmung mit der Mehrheitsmeinung ihrer Bevölkerung, sagen, dass sie nicht Tausende von Flüchtlingen aufnehmen werden.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Es ist heute doch Realität, dass die Bundesrepublik Deutschland nahezu allein steht mit der Forderung, dass alle europäischen Länder – egal wer – mehr Flüchtlinge aufnehmen sollen, nur damit weniger nach Deutschland kommen. Das allein wird als europäische Lösung offensichtlich nicht funktionieren; denn die Menschen in den anderen europäischen Ländern wollen das nicht und ihre Regierungen auch nicht. Davor dürfen wir nicht die Augen verschließen oder weiterhin illusionär der Hoffnung hinterhinken, dass sich allein daraus die Lösung in den nächsten Monaten ergeben wird. Eine solche Lösung wird nicht kommen.

(Beifall bei der CSU)

Das sehen inzwischen auch unsere Nachbarländer, und es sehen auch die Länder auf dem Balkan. Überall spricht man von der Notwendigkeit, stärker zu kontrollieren. Ich kann Ihnen versprechen, meine Damen und Herren, dass sich die Staatsregierung weiterhin mit Nachdruck für eine Begrenzung des massenhaften unkontrollierten Zust-

roms von Flüchtlingen und für die Wiederherstellung rechtmäßiger Zustände an unseren Grenzen einsetzen wird. Ich bitte das Hohe Haus um Unterstützung auf diesem Weg.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Minister, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Wir haben noch eine Zwischenbemerkung der Kollegin Kamm.

Christine Kamm (GRÜNE): Herr Innenminister, Sie beklagen, dass es Ihrer Meinung nach zu keiner europäischen Lösung kommen kann. Ich habe in den letzten Monaten aufmerksam verfolgt, was die Bayerische Staatsregierung tut. Ich habe keine einzige Maßnahme erkennen können, die zu einer europäischen Lösung geführt hätte.

(Unruhe – Zurufe von der CSU)

Mit der ständigen Forderung, die Grenzen zu schließen, kommt man zu keiner europäischen Lösung. Vielmehr zerfällt Europa, man teilt Europa damit.

Und nun noch zur Ihrer Bemerkung zum Familiennachzug. Manchmal denke ich mir, ein guter Flüchtling ist Ihrer Meinung nach ein toter Flüchtling.

(Zurufe von der CSU: Oh, oh!)

Nur ein Flüchtling, der nicht kommt, ist ein guter Flüchtling.

(Anhaltende Unruhe – Zurufe von der CSU)

Wir haben die Situation, dass seit der Diskussion um den Familiennachzug eine Vielzahl von Frauen und Kindern versucht hat, über das jetzt doch sehr gefährliche Meer zu kommen. Vorgestern gab es bei einem Fluchtversuch wieder elf tote Kinder. Solche Situationen werden natürlich auch durch die Debatten um das Ende des Familiennachzuges befördert. Ich denke, es wäre allemal sinnvoller, für die Flüchtlinge, die

eine Anerkennung erwarten können, den Nachzug der minderjährigen Kinder und der Frauen zu gestatten.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Minister, einen Moment bitte. Ich bitte um etwas Ruhe und um eine Wortwahl, die dem Hohen Hause angemessen ist. Das gilt jetzt nicht für den Herrn Minister, aber Frau Kamm, es gilt für Sie.

(Widerspruch von den GRÜNEN)

Das Rederecht hat jetzt der Herr Minister. Frau Kamm, Ihre zwei Minuten Redezeit sind um.

(Beifall bei der CSU)

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Als Erstes möchte ich, Frau Kamm, in aller Ruhe Folgendes sagen. Bei allem Verständnis, das ich immer auch für emotional geführte Debatten habe – Sie kennen mich, Frau Kollegin –, halte ich einen Satz wie "Nur ein toter Flüchtling ist ein guter Flüchtling" für absolut unsäglich und unerträglich. Er hat in diesem Hohen Hause nichts verloren.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Beifall bei Abgeordneten der SPD und der FREIEN WÄHLER – Zuruf von der CSU: Unterirdisch!)

Zweite Bemerkung. Wenn Sie auf die bisher noch nicht zustande gekommene europäische Lösung abheben, wollen Sie doch nicht allen Ernstes erklären, dass die mangelnde Bereitschaft nahezu aller europäischen Länder, noch mehr Flüchtlinge aufzunehmen, auf die Position zurückgeht, die die CSU hier im Bayerischen Landtag vertritt. Das wäre zwar ein respektable Einfluss, den Sie uns für ganz Europa zumesen, aber da scheint mir dann doch die Definition von Ursache und Wirkung sehr weit hergeholt.

(Beifall bei der CSU)

Ich kann Ihnen nur sagen: Egal mit wem ich im Rahmen meiner Zuständigkeit als Innenminister in Kontakt komme, sei es der Innenminister von Tschechien – kein Konservativer –, ob es in der vergangenen Woche die Innenminister aus Bosnien oder aus Bulgarien waren oder auch aus Ungarn, alle sagen: Diese große Zahl von Flüchtlingen ist nicht zu verkraften. Ich denke, wir müssen das ganz offensichtlich als eine Wahrnehmung nahezu aller politisch verantwortlichen Kräfte in ganz Europa zur Kenntnis nehmen. Es ist eben illusionär, liebe Frau Kollegin Kamm, wenn man sich darüber einfach hinwegsetzt.

Die letzte Bemerkung ist mir besonders wichtig. Da kann ich Ihnen nur sagen, Frau Kollegin Kamm: Bei nahezu jeder Gelegenheit, wenn ich mit Kollegen aus der Bundespolitik, und zwar unterschiedlichster Couleur, auch in der Bundeshauptstadt zusammenkomme, stelle ich fest: Der große Beitrag, den zunächst einmal Bayern geleistet hat, dass in diesem kalten Winter überhaupt so viele Flüchtlinge ein Dach über dem Kopf haben, sie ordentlich gepflegt werden, sie alle ein Bett haben, wird überall anerkannt. Kein anderes Bundesland hat einen solchen Beitrag geleistet; in keinem anderen Bundesland haben die Menschen so viele Beiträge dazu geleistet wie in Bayern.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Es gibt nicht einmal in der GRÜNEN-Bundestagsfraktion einen, der sich trauen würde zu behaupten, dass in irgendeinem rot-grün-regierten Bundesland die Situation für die Flüchtlinge heute besser ist als in Bayern. Nicht einmal in der GRÜNEN-Bundestagsfraktion wagt das irgendeiner zu behaupten. Das ist die Realität.

(Beifall bei der CSU)

Wir nehmen die Verantwortung für die Menschen, die jetzt da sind, ernst. Wir sagen zweitens klar, dass wir diejenigen, die kein Recht haben, hier zu bleiben, konsequent in die Heimat zurückführen. Und wir sagen drittens genauso klar: In der Größenordnung, wie das im letzten Jahr gelaufen ist, ist das für unser Land nicht weiter tragbar.

Wir wollen nicht, dass ein Chaos entsteht, und darum müssen wir dem Chaos vorbeugen, indem in Zukunft weniger Menschen in unser Land kommen. Das ist unsere klare Linie, und für diese treten wir weiter ein.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Moment bitte! Bleiben Sie noch am Rednerpult. Ich bitte einen kurzen Moment um Ihre Aufmerksamkeit. Jetzt sind noch zwei Zwischenbemerkungen angekündigt: zunächst der Kollege Kreuzer und dann der Kollege Rinderspacher. Frau Kamm hat gebeten, danach Ihre Ausführungen berichtigen zu dürfen.

(Zuruf von der CSU: So wollen wir nicht miteinander umgehen!)

Thomas Kreuzer (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Minister! Ich gehöre diesem Haus seit über 22 Jahren an. Was Sie ausgeführt haben, Frau Kollegin Kamm, war der Tiefpunkt der politischen Diskussion in diesen 22 Jahren.

(Beifall bei der CSU – Unruhe)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich bitte doch um etwas Ruhe.

Thomas Kreuzer (CSU): Sie haben ziemlich wörtlich gesagt: Für eine Seite des Hauses sei klar, dass nur ein toter Flüchtling ein guter Flüchtling ist. Ich weise dies mit Entschiedenheit zurück, Frau Kollegin Kamm. Dies ist eine Unverschämtheit, eine beleidigende Äußerung.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Damit unterstellen Sie Kolleginnen und Kollegen, dass es ihnen lieber sei, dass Menschen zu Tode kommen, bevor sie hier aufgenommen werden können. Dies ist sachlich unzutreffend, und dies ist eine ganz böswillige Unterstellung.

(Beifall bei der CSU)

Ich fordere Sie auf, dies zurückzunehmen und sich zu entschuldigen, und ich fordere die GRÜNE-Fraktionsführung dazu auf, sich davon zu distanzieren. Sonst müssten wir davon ausgehen, dass dies die Meinung der Fraktion ist.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Möchten Sie erst darauf antworten, Herr Minister? – Dann nehmen wir den Kollegen Rinderspacher, bitte.

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Staatsminister, bei aller Emotionalität der Debatte möchte ich doch eine Nachfrage noch stellen. Sie haben juristisch ausgeführt, dass die Sicherung der bayerischen Außengrenze eine Selbstverständlichkeit sein sollte. Jetzt sind Sie aber gar nicht unbedingt für die juristische Expertise zuständig, sondern die Frage an Sie ist: Wie geht denn das eigentlich? Da hatten wir Sie aufgefordert, einmal ein paar Daten und Fakten, ein Konzept vorzulegen. Sie haben die Presse damit behelligt, die Bundeswehr solle auch bei der Außengrenze nach Möglichkeit mit anpacken. Das wäre zumindest eine Idee. Sie standen damit in der Presse, die Landespolizei solle mit anpacken.

Wir wissen, es hat 60 Übergänge vor Schengen gegeben. Wir wissen, es kommt nicht auf Tschechien an, sondern auf die 816 km inklusive grüne Grenze zwischen Bayern und Österreich. Wie viel Personal brauchen wir dafür? Wie wird dieses eingesetzt? Welches Konzept haben Sie in der Schublade? Denn es hat natürlich keinen Sinn, eine Klage anzudrohen, ohne zu wissen: Mit welchem Konzept setzen wir denn das um, was Sie hier im bayerischen Parlament heute dargestellt haben? – Wären Sie dazu in der Lage, das ein Stück weit zu konkretisieren, wie Sie sich die Sicherung der bayerischen Außengrenze vorstellen? Denn es könnte zu Missverständnissen kommen. Sie haben gesagt, vorbildlich sei das, was die Ungarn tun. Die machen es mit Wasserwerfern, die machen es mit Tränengas, wie wir wissen. – Sie haben sich davon distanziert. – Nicht nur, auch mit anderen Mitteln: mit Stacheldraht, mit Zäunen. Wie funktioniert das in Bayern?

(Beifall bei der SPD)

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Herr Kollege Rinderspacher, ich darf feststellen - -

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich bitte um etwas Ruhe. Der Herr Staatsminister hat das Wort.

(Zuruf von der CSU: Das schließt das doch ein, Herr Rinderspacher!)

- Bitte keine Dialoge. Der Herr Staatsminister hat das Wort.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Herr Kollege Rinderspacher, ich will dazu nur auf zwei Punkte hinweisen.

Erstens. Wir hatten im vergangenen Jahr im Mai/Juni anlässlich des G-7-Gipfels schon einmal die Situation, dass in dieser Zeit die Bundesregierung vorübergehend wieder die Grenzkontrollen eingeführt hat. In dem damaligen Zeitraum ist in engem Zusammenwirken der Bundespolizei mit den Polizeien der Länder die gesamte Grenze geschützt worden. Es sind jedenfalls wesentlich mehr Grenzübergänge kontrolliert worden als zum gegenwärtigen Zeitpunkt.

Zweitens. Wir sind uns auch auf der fachlichen Ebene mit den Kollegen der Bundespolizei und mit dem Bundesinnenministerium einig, dass die Grenze – wenn man es will – geschützt werden kann, natürlich in der vorrangigen Verantwortung der Bundespolizei, gegebenenfalls in bestimmten Einsatzlagen mit Unterstützung auch von Landespolizei.

(Markus Rinderspacher (SPD): Wie?)

- Was heißt "wie"? Soll ich Ihnen jetzt ein Einzelkonzept vorlegen, wie viele Beamte wann und an welchen Stellen eingesetzt werden? – Schauen Sie sich einmal die Ein-

satzpläne an, schauen Sie einmal nach, wie das im Juni letzten Jahres war. Das kann man alles noch verstärken. Wir hatten im Juni letzten Jahres den größten Polizeieinsatz, den es in Bayern jemals gegeben hat, mit massiver Unterstützung der Bundespolizei und der anderen Länderpolizeien. Ich kann Ihnen nur sagen: Wir sind uns auch mit dem Bund einig. Wenn man es will, dann kann man es auch.

Das sage ich jetzt ganz bewusst auch in Abgrenzung zu manchen, meines Erachtens schon etwas fragwürdigen Äußerungen auf anderen Ebenen und auch in anderen Ländern Europas: Es gab die Bundesrepublik Deutschland schon einige Jahrzehnte, bevor Schengen in Kraft trat, und es wäre ein schlechter Staat, der erklärt, dass er nicht in der Lage ist, seine eigenen Grenzen zu schützen.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Rinderspacher, fragen Sie die USA, fragen Sie Kanada, fragen Sie Großbritannien; kennen Sie irgendeinen ernstzunehmenden Staat, der erklärt, er sei nicht in der Lage, seine Grenzen zu schützen?

(Markus Rinderspacher (SPD): Ich will Ihr Konzept wissen! Ihr Konzept will ich wissen!)

Das ist doch eine absurde Feststellung. Natürlich!

(Beifall bei der CSU – Markus Rinderspacher (SPD): Ich will Ihr Konzept wissen!)

Ich kann Ihnen nur sagen: Das Konzept gibt es, und wenn der Tag kommt, dann wird dieses Konzept umgesetzt.

(Markus Rinderspacher (SPD): Uns hier vorlegen!)

- Herr Kollege Rinderspacher, das ist in der Tat nicht üblich. Ich habe auch vor dem Einsatz rund um Elmau im Vorhinein nicht im Einzelnen in der Öffentlichkeit dargelegt, an welchem Ort wie viele Beamte was tun werden. Das gehört nun wirklich nicht zu einer sinnvollen Polizeikonzeption.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Die Kollegin Kamm hat um die Gelegenheit gebeten, eine Erklärung gemäß § 112 der Geschäftsordnung zur Aussprache abzugeben.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe es bereits während der Zwischenbemerkung versucht zu sagen, aber es war mir dabei zeitlich nicht mehr möglich. Darum bin ich froh, dass ich jetzt das Wort bekomme.

Ich habe mich bei den Ausführungen zu dem Thema Obergrenzen einfach versprochen und im Text verheddert. Es tut mir wirklich schrecklich leid, dass der Eindruck entstanden ist, ich hätte Ihnen diesen Vorwurf machen wollen. Ich möchte ihn in dieser Form natürlich nicht machen und entschuldige mich für diesen Satz.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der CSU, der SPD und der FREIEN WÄHLER)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Zunächst lasse ich in einfacher Form über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/9716 abstimmen. Das ist der Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER.

(Unruhe)

- Einen Moment bitte. Wir sind in der Abstimmung. Nehmen Sie bitte wieder Platz, sonst kann ich nicht zählen. Die namentliche Abstimmung folgt erst später.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄH-

LER. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die CSU, die SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich komme jetzt zum Dringlichkeitsantrag auf Drucksache - -

(Zuruf: Enthaltungen?)

- Bitte? – Entschuldigung – Enthaltungen? – Keine Enthaltung.

Ich rufe zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/9734 auf. Das ist der Antrag der CSU-Fraktion. Fünf Minuten. – Noch eine Minute!

(Namentliche Abstimmung von 13.21 bis 13.26 Uhr)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Liebe Kolleginnen und Kollegen, die fünf Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung. Das Ergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und später bekannt gegeben. Ich bitte, die Plätze wieder einzunehmen, damit wir mit der Beratung der Dringlichkeitsanträge fortfahren können.

(...)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zu dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Kreuzer, Zellmeier, Guttenberger und anderer und Fraktion (CSU) betreffend "Für eine konstruktive Lösung der Flüchtlingskrise - Verfassungsklage als letztes Mittel einsetzen", Drucksache 17/9734, bekannt: Mit Ja haben 86 gestimmt. Mit Nein haben 50 gestimmt. Stimmenthaltungen gab es 15. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 28.01.2016 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Petra Guttenberger u. a. und Fraktion CSU; Für eine konstruktive Lösung der Flüchtlingskrise - Verfassungsklage als letztes Mittel einsetzen (Drucksache 17/9734)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X		Gehring Thomas		X	
Aigner Ilse	X			Gerlach Judith	X		
Aiwanger Hubert			X	Gibis Max	X		
Arnold Horst		X		Glauber Thorsten			
Aures Inge		X		Dr. Goppel Thomas	X		
				Gote Ulrike		X	
Bachhuber Martin	X			Gottstein Eva			X
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			X	Güll Martin		X	
Bauer Volker	X			Güller Harald		X	
Baumgärtner Jürgen	X			Guttenberger Petra	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried	X						
Bause Margarete		X		Haderthauer Christine	X		
Beißwenger Eric	X			Häusler Johann			X
Dr. Bernhard Otmar				Halbleib Volkmar			
Biedefeld Susann		X		Hanisch Joachim			X
Blume Markus	X			Hartmann Ludwig		X	
Bocklet Reinhold				Heckner Ingrid			
Brannekämper Robert	X			Heike Jürgen W.	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X			Herold Hans	X		
Brückner Michael	X			Dr. Herrmann Florian	X		
von Brunn Florian		X		Herrmann Joachim	X		
Brunner Helmut				Dr. Herz Leopold			X
				Hiersemann Alexandra		X	
Celina Kerstin				Hintersberger Johannes	X		
				Hofmann Michael	X		
Dettenhöfer Petra	X			Holetschek Klaus	X		
Dorow Alex	X			Dr. Hopp Gerhard	X		
Dünkel Norbert	X			Huber Erwin	X		
Dr. Dürr Sepp				Dr. Huber Marcel			
				Dr. Huber Martin	X		
Eck Gerhard	X			Huber Thomas	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute	X			Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Eisenreich Georg	X			Huml Melanie	X		
Fackler Wolfgang	X			Imhof Hermann	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen			X				
Fehlner Martina		X		Jörg Oliver	X		
Felbinger Günther			X				
Flierl Alexander	X			Kamm Christine		X	
Dr. Förster Linus		X		Kaniber Michaela	X		
Freller Karl				Karl Annette		X	
Füracker Albert	X			Kirchner Sandro	X		
				Knoblauch Günther		X	
Ganserer Markus		X		König Alexander	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X		Kohnen Natascha		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd	X		
Dr. Kränzlein Herbert		X	
Kraus Nikolaus			X
Kreitmair Anton	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich		X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	X		
Lorenz Andreas	X		
Lotte Andreas		X	
Dr. Magerl Christian		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia			
Müller Ruth		X	
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander			
Neumeyer Martin	X		
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena		X	
Petersen Kathi		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael			X
Pohl Bernhard			X
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris		X	
Dr. Reichhart Hans			
Reiß Tobias	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans	X		
Ritter Florian			
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Sauter Alfred	X		
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry		X	
Schindler Franz			
Schmidt Gabi			X
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten	X		
Dr. Schwartz Harald	X		
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl			
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd	X		
Dr. Söder Markus	X		
Sonnenholzner Kathrin			
Dr. Spaenle Ludwig	X		
Stachowitz Diana		X	
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia		X	
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian			X
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen	X		
Dr. Strohmayr Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter	X		
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina			
Untertländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl			X
Vogel Steffen	X		
Waldmann Ruth			
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika		X	
Dr. Wengert Paul			
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winter Georg	X		
Winter Peter			
Wittmann Mechthilde	X		
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell		X	
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno			X
Gesamtsumme	86	50	15